

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verlagsredakteur: Emil Dittmer Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Unseren Toten.

Zum 21. November.

Nun weht im Herbstwind überall der Flor,
Und in den Seelen brennt das Wort vom Scheiden.
Die Trauer steigt wie dunkle Flut empor;
Nie war die Welt so voller Gram und Leiden.
Nie schritt der Tod so groß, so riesenhaft
Durch alle Lände und durch alle Gassen,
Nie mußte soviel frühlingsjunge Kraft
Vor ihrer Zeit verwelken und erblaffen.

Nie von des Daleins Mittagshöhe sank
So reiche Hoffnung in die Welt der Schatten,
Nie mußte soviel Mut und Tatendrang
Verblutend vor dem letzten Ziel ermatten.
Wer zählt die Gräber, die so ferne sind?
Wer wägt der letzten Stunden Last, Beschwerde?
Sie ruhen aus. Und der Novemberwind
Heult auch sein Sturmlied über ihre Erde.

Ihr toten Brüder all! Vieltaufendfach
Lebt heut der Wunsch: Ach, wären uns doch Flügel,
Um dort zu sein, wo Euer Auge brach,
An Eurer Gruft, an Eurem kleinen Hügel!

Still möchten wir durch Eure Reihen gehn
Und Blumen niederlegen, Strauß und Kränze,
Bis sie in purpurroter Blüte stehn
Und jedes Grab, ein Feuermal, erglänze.

Das sollte leuchten weit und weit hinaus
Wie tausend, abertausend Opferflammen,
Und jedes Hirn erhellen, jedes Haus
Und alle Seelen, die der Nacht enttammen.
Und sollte mahnen: Was hier blutend fiel,
Fern von der Heimat und den warmen Herden,
Das wollte Mittler sein zum höchsten Ziel:
Das wollte Frucht dem ganzen Volke werden!

Ihr toten Brüder all! Die Flamme loht,
Schmückt Euern Hügel auch nicht Kranz und Blüte:
Einfirt wird das Leben sprießen aus dem Tod
Und Licht entfachen, das in Euch erglühete.
Heut schmerzt uns jede Lücke in den Reihen,
Daraus so viele in das Dunkel sanken;
Dann aber sollt Ihr wieder bei uns sein:
Dem Herzen Feuer, Waffe den Gedanken!

E. P.

Die städtischen Betriebe während des Krieges.

Recht beachtenswerte Erscheinungen sind innerhalb der städtischen Betriebe während des Krieges zu verzeichnen. Bei den gewerblichen Betrieben können wesentliche Erweiterungen festgestellt werden, während bei den nichtgewerblichen Betrieben ganz erhebliche Einschränkungen eingetreten sind. Daß die gewerblichen Betriebe erweitert werden mußten, hängt natürlich nicht von dem guten oder bösen Willen der Stadtverwaltungen ab, vielmehr haben die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse dazu gedrängt. Der durch die Petroleumknappheit eingetretene Mangel an Beleuchtungsmitteln zwang sehr viele Haushaltungen dazu, Gas- oder elektrische Licht in die Wohnungen zu legen. Die Anträge nach diesen Beleuchtungsmitteln waren so stark, daß sie mit den vorhandenen Arbeitskräften bei normaler Arbeitszeit nicht zu bewältigen waren. Die Installationsabteilungen dieser Betriebe mußten daher erheblich erweitert werden. Durch den Mangel an geeigneten Arbeitskräften konnte aber auch da festgestellt werden, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht höher ist als vor dem Kriege. Die zu leistende Arbeit mußte durch

Ueberzeit- und (vielfach) Sonntagsarbeit bewältigt werden. Das sind allerdings Erscheinungen, die der Krieg mit sich gebracht hat und die abzuändern den Stadtverwaltungen nicht immer möglich war. Aber selbst wenn in diesen Betrieben die Arbeiterzahl keine höhere ist als vor dem Kriege, so ist doch eine Erweiterung dieser Betriebe nicht zu leugnen. Die jetzige wöchentliche Lohnsumme ist ganz bestimmt bedeutend höher als die wöchentliche Lohnsumme vor dem Kriege. Selbst dann noch, wenn man die gewährten unbedeutenden Teuerungszulagen in Abzug bringt. Genauere Zahlen stehen uns allerdings nicht zur Verfügung.

Die ungenügende Arbeiterzahl hat aber meistens noch andere Ursachen. Die in den Gas- und Elektrizitätswerken gestellten hohen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter machen es diesen Betrieben außerordentlich schwer, für die zu verrichtende schwere Arbeit bei den bisher gezahlten Löhnen geeignete Arbeitskräfte zu erhalten. Auch hier steht unbestreitbar fest, daß sich in der jetzigen Zeit die frühere Lohnpolitik der Stadtverwaltungen bitter rächt. Leistungs-

fähige Arbeiter drängen sich jetzt nicht so nach den für die schwere Arbeit viel zu niedrigen Löhnen. Und mit den sozialpolitischen Einrichtungen, die für die Arbeiter vielfach nur Lockmittel sind (die obendrein, wie die teilweise Entziehung des Urlaubes während des Krieges beweist, nicht bedingungslos gewährt werden), läßt sich in der jetzigen Zeit kein Arbeiter fördern. Wenn sonst einmal die städtischen Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage Anträge stellten, da bekamen sie oft genug von den Betriebsleitern und auf den Rathhäusern zur Antwort, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den städtischen Betrieben gute sind, weil eben ein außerordentlich großer Andrang von Arbeitskräften zu verzeichnen ist. Die Stadtverwaltungen wissen aber ebenso gut, daß nur die ungesünderen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt die treibenden Kräfte sind, die den Arbeiter zwingen, auch weniger lohnende Beschäftigung anzunehmen. Die jetzige Zeit beweist besser als jede andere, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse alles andere, nur nicht gute sind. Der beste Beweis ist eben, daß es den städtischen Betrieben viel schwerer möglich ist als den Privatbetrieben, geeignete Arbeitskräfte zu erhalten. Ja, so mancher städtische Arbeiter hat in dieser Zeit die städtischen Betriebe verlassen und lohnendere Beschäftigung in der Privatindustrie angenommen. Es sind jetzt Fälle zu verzeichnen, wo man den Arbeitern mit dem Schützengraben drohte, wenn sie nicht länger für den niedrigen Lohn in den städtischen Betrieben arbeiten wollten. Diese Fälle beweisen, daß die finanzielle Ausnutzung in den städtischen Betrieben oberster Grundsatz ist.

Für die städtischen Arbeiter sind das längst bekannte Tatsachen, die uns deshalb jetzt nicht besonders beschäftigen sollen. Aber was für uns außerordentlich beachtenswert ist, sind die ganz erheblichen Einschränkungen der nicht-gewerblichen Betriebe: Kanalisationen, Abfuhranstalten, Straßenreinigungen, Gartenverwaltungen, Bauämter u. dal. Von Bedeutung ist ferner die zunehmende Frauennarbeit in den Betrieben, wo man Frauennarbeit bisher nicht kannte. In Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken werden Frauen angelernt als Ständeamtnehmer. Diese Erscheinung ist für uns recht bedenklich. Daß mit der Zeit von den Frauen dieselbe Arbeitsleistung verlangt wird wie von den Männern, wird sicher eintreten. Sicher ist aber auch, daß der Lohn der Frauen um fast 50 Prozent niedriger ist als der für Männer. Hierin liegt das Bedenkliche! Die finanziellen Kosten, die nach dem Kriege die Stadtverwaltungen drücken, können dazu führen, daß die Frauen an den Stellen bleiben, wo sie jetzt sind, wenn das Ergebnis mit der Frauennarbeit nur einigermaßen befriedigend ist. Das Vortreiben der Stadtverwaltungen, an Arbeiterlöhnen zu sparen, wo es immer nur möglich ist, wird nach dem Kriege besonders stark hervortreten. Daß aus vielen Betrieben die Frauennarbeit verschwinden wird, kann wohl als sicher gelten.

Zeit steht, daß die Straßenreinigung erheblich eingeschränkt ist. Die Löhne sind hier nicht so verlockend, als daß sich leistungsfähige Arbeiter zu dieser Arbeit drängten. Vielfach hat man Frauen der eingezogenen Männer eingestellt. Wo man keine Frauen einstellte, holte man sich die sonst der Armenpflege zur Last fallenden älteren Arbeiter oder ganz Jungenblinde. Selbstverständlich kann von diesem Arbeitermaterial nicht dieselbe Arbeit geleistet werden, die man früher von den leistungsfähigen Arbeitern verlangt hat. Das Ausschließen der Straßen liefert wohl den besten Beweis dafür. Hier ist zweifellos eine erhebliche Einschränkung des Betriebes zu verzeichnen, wenn auch nicht so in bezug auf die Zahl der beschäftigten Personen, sondern vielmehr in bezug auf die Arbeitsmenge und in den Ausgaben der wöchentlichen Lohnsumme. Die Hauptsache ist jetzt, man spart an Lohn, und die Stadtverwaltungen werden sich keine sonderliche Mühe geben, größere Ausgaben für diese Betriebe zu machen.

Eine vielleicht noch größere Ersparnis bringen die Müllabfuhranstalten ein. In diesen Betrieben sind außerordentlich viel Einziehungen zu verzeichnen und Neueinstellungen

sind nur in recht bescheidenem Maße noch möglich gewesen. Das sollte den Stadtverwaltungen ebenfalls beweisen, daß die Löhne für diese schwere, schmutzige Arbeit ungenügend sind. Jetzt ist es nicht möglich, bei diesem mangelhaften Lohn geeignete Arbeitskräfte zu erhalten. Man glaubt die Sache damit abzutun, indem man erklärt, daß auch bei höheren Löhnen keine kräftigen Arbeiter zu erhalten sind. Das trifft aber keineswegs zu, da ja die Anzahl der benötigten Arbeiter nicht nach Tausenden zählt. Die Stadtverwaltungen helfen sich allerdings recht gut. Man macht in den Tagesblättern bekannt, daß wegen Mangel an Arbeitern und Gespannen die Müllabfuhr nicht mehr so glatt vorgenommen werden kann wie früher, und nun mögen sich die Haushaltungen danach einrichten. Die durch die verminderte Müllabfuhr gemachte Ersparnis an Arbeitslohn und Gespannkosten dürfte nicht so unerheblich sein. Ob es damit nach dem Kriege in diesen Betrieben besser wird, bleibt abzuwarten.

Eine erhebliche Betriebsbeschränkung haben die Kanalisationsbetriebe aufzuweisen. Hier hat man durchgängig schon gar nicht den Versuch gemacht, an Stelle der eingezogenen Ersatzkräfte heranzuziehen. Die Schwierigkeit wäre weit größer als für jeden anderen Betrieb, geeignete Ersatzkräfte zu erhalten. Frauen und ältere Arbeiter können in diesem Betriebe nicht beschäftigt werden und für kräftige Arbeiter bieten die gezahlten Löhne so wenig Verlockendes wie in den anderen Betrieben. Allerdings ruhen die Bauabteilungen der Kanalisationen fast vollständig. Durch die geringe Bautätigkeit sind Hausanschlüsse selten geworden. Trotzdem diese Arbeiter im Kanalbetriebe nun mit verwendet werden, wird in der Kanalreinigung manches nicht so ausgeführt wie früher, da eben die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte ungenügend sind. Eine allzu erhebliche Einschränkung der Arbeiterzahl dieser Betriebe könnte aber in hygienischer Hinsicht recht bedenkliche Folgen zeitigen. Hier kann und darf an Arbeitern nicht gespart werden, selbst wenn die Finanzen der Stadt zur größten Sparsamkeit drängen. Doch ist bei den finanzarmen Städten mit großer Arbeiterbevölkerung zu befürchten, daß bei dem Ersparen von Arbeitskräften nach dem Kriege das Menschennöthliche geleistet wird.

Bei den Gartenverwaltungen ist das Vortreiben, an Arbeiterlöhnen zu sparen, schon früher besonders stark hervorgetreten. Die größte Anzahl der dort Beschäftigten sind Frauen und ältere Arbeiter, die oft mit recht niedrigen Löhnen abgefunden werden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft noch mehr als bisher verlustet wird, die Unkosten für diesen Betrieb herabzudrücken. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wird man daher so weit wie irgend zulässig reduzieren. Die Möglichkeit, für diesen Betrieb einigermaßen auskömmliche Löhne zu erringen, wird daher in Zukunft weit schwieriger werden, als das bisher schon der Fall war.

Daß die Arbeiterzahl bei den Bauämtern jetzt reduziert ist, kann man in der jetzigen Zeit als ein besonderes Unglück nicht bezeichnen. Wenn auch direkte Entlassungen jetzt selten zu verzeichnen sein dürften, so sind doch durch die Einziehungen recht erhebliche Lücken gerissen. Der Neu- und Umbau von Straßen und Wegen ist auf das zulässigste Maß beschränkt. Die Ausgaben in diesen Betrieben sind daher erheblich niedriger als vor dem Kriege. Hier kann man aber nur von einem Aufschieben der Arbeit sprechen. Zweifellos wird nach dem Kriege eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit herrschen. Dann haben die städtischen Bauämter in erster Linie die Pflicht, für ausreichende Arbeitsbeschäftigung zu sorgen. Die während des Krieges gemachten Ersparnisse müssen dann nach dem Kriege wieder ausgegeben werden. Der Stand der Finanzen im Stadtkädel darf hier nicht ausschlaggebend sein. Nach dem Kriege muß das Wohl der arbeitenden Massen von den Stadtverwaltungen etwas höher bewertet werden, als das bisher der Fall war.

Die jetzige Zeit lehrt und beweist uns, daß es den Stadtverwaltungen schwerer möglich war, die für die städtischen Betriebe nötigen Arbeitskräfte zu erhalten, weil eben die ge-

zahlten Löhne in der jetzigen teuren Zeit nicht dazu anreizten, daß sich leistungsfähige Arbeiter dazu drängten. Eine erhebliche Veränderung des jetzigen Zustandes wird auch nach dem Striege kaum eintreten. Die gewerblichen Betriebe werden eine etwas höhere Arbeiterzahl bedürfen. Das wird man aber bei den nichtgewerblichen Betrieben wieder weit zu machen versuchen. Nach dem Striege werden die finanziellen Lasten für die Stadtverwaltungen noch höhere sein als jetzt, und man wird daher versuchen, die Ausgaben für die nichtgewerblichen Betriebe bedeutend herabzudrücken. Daß die städtischen Arbeiter hierunter in erster Linie leiden werden, steht fest.

In welchem Maße die städtischen Arbeiter sich Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gefallen lassen müssen, hängt dann vom Stande ihrer Organisation ab. Daher ist jetzt dringende Pflicht aller, dem Uebel vorzubeugen, da mit allen Möglichkeiten gerechnet werden muß.

S. Meißner.

Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

In nicht weniger als fünf Tagungen ist kürzlich zur Frage der Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft Stellung genommen worden. Zunächst wurde im Preussischen Abgeordnetenhaus eine Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gegründet, dann hielt die „Zentrale für Volkswohlfahrt“ eine mehrere Tage umfassende Versammlung im Reichstagsgebäude ab, und außerdem beschäftigte sich damit der Bund für Mutterschutz und der Bund deutscher Frauenvereine.

Auf den ersten Blick erscheint eine Stellungnahme zu einer Frage von so vielen Seiten etwas reichlich zu sein. Das große Interesse erklärt sich nur aus den gegenwärtigen Zuständen, durch die ungeheuer viel gesunde Volkskraft auf den Schlachtfeldern verlohrt und durch die wirtschaftliche Lage breiter Massen infolge vieler Umstände, nicht zuletzt durch die große Teuerung und den Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln, stark geschwächt wird. Das alles läßt ein Zurückgehen der Bevölkerungsziffer in den nächsten Jahren erwarten. Es ist daher verständlich, daß versucht wird, dies durch Gegenmaßnahmen zu verhindern oder doch aufzuhalten. Zweifellos müssen die in den Versammlungen gemachten Vorschläge zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen, wenn es gelingt, die Vorkläge praktisch durchzuführen. Gefordert wurde n. a. Ausdehnung des industriellen Arbeiterschutzes für männliche Personen bis zum 18. Lebensjahre, Erweiterung des Arbeiterinnenschutzes, Erhöhung der Gehälter für Beamte und Angestellte, allgemeine Mutterschutzversicherung, Ausdehnung und Verbesserung der Kinderfürsorge, verbesserte Schulpläne, Gesundheitsfürsorge der schulentlassenen Jugend, bessere Vorbereitung der Frauen auf Beruf und Mutterchaft, Wohnungshygiene und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die große Masse der Arbeiter.

Das sind alles Forderungen, die die Arbeiterorganisationen seit Jahren erheben und deren Durchführung vielfach verhindert werden ist durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Noch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurden die Arbeitervertreter im Reichstage im Stich gelassen mit ihrem Verlangen auf Ausdehnung der Wochenhilfe, weil der Vertreter der Regierung erklärt hatte, daß an dieser Frage das ganze Gesetz eventuell scheitern könnte. Ähnlich ist es ihnen auch mit allen anderen Forderungen ergangen.

Ein besserer Mutterschutz könnte die Säuglingssterblichkeit erheblich einschränken, namentlich wenn er ergänzt würde durch geeignete Kinderfürsorge und durchgreifenden Arbeiterschutz. In den letzten Jahren starben in Deutschland durchschnittlich 300 000 Säuglinge im Alter bis zu einem Jahre. Ein erheblicher Prozentsatz dieser Kinder wäre sicher am Leben geblieben, wenn den Müttern während der Zeit der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett und den Kindern nach der Geburt geeigneter Schutz und ausreichende Ernährung und Pflege hätte gegeben werden können. Die Zahl der Leben, die erhalten bleiben könnten, werden auf jährlich 200 000 geschätzt. Viele geben zurgrunde, weil schwangere Frauen bis auf die letzte Minute schwer arbeiten müssen, sich dabei nicht einmal ausreichend erholen können, denn sie wollen und müssen ja in der Zeit der Schwangerschaft Vorzüge leisten für die Wochen der Arbeitslosigkeit, die das Wochenbett zur Folge hat und die Kosten der Entbindung. Wohl leiden die Krankenkassen in dieser Zeit Unterstützung, die aber

unzureichend ist und nicht einmal allen Krankenkassenmitgliedern zugute kommt. Nach der Entbindung aber müssen Frauen sobald wie möglich wieder zur Erwerbsarbeit greifen, ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Gewerbeordnung, die eine Beschäftigung von Arbeiterinnen vor dem Ablauf von 6 Wochen nach der Niederkunft verbieten. Wenn Erlangung der Verdienstmöglichkeit außerhalb des Hauses aus diesem Grunde nicht möglich ist, suchen die Frauen andere Arbeit, nur um Verdienst zu haben, weil sie sonst nicht leben können. Auf diese Weise schädigen sich viele Frauen und machen sich unfähig, weiter gesunde Kinder zur Welt bringen zu können. Sie gefährden aber auch das Leben der Kinder, die besonders in der ersten Zeit nach der Geburt sorgfältige Pflege brauchen. Durch geeignete Fürsorge für die werdende und die junge Mutter könnte deshalb viel für die Gesamtbeit erreicht werden. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. So wurde z. B. von einem Medner in der von der Zentrale für Volkswohlfahrt arrangierten Versammlung festgestellt, daß vom November 1911 ab die Säuglingssterblichkeit so gering war wie nie zuvor. Zurückzuführen ist dies erfreuliche Resultat auf die Wirkungen der Kriegswohlfahrt durch das Reich, die den Müttern durch Beihilfen von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 8 Wochen nach der Entbindung und außerdem 50 Pf. pro Tag auf die Dauer von 12 Wochen, wenn sie das Neugeborene selbst stillen, hierzu die Möglichkeit in größerem Maße geben, als sonst der Fall war.

Ausbau des Arbeiterschutzes im Sinne der von der Arbeiterschaft stets erhobenen Forderungen könnte also ganz erheblich zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen. Er ist deshalb für diese Frage so wichtig, weil die arbeitende Bevölkerung reichlich drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Daher müssen die Gesundheitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage dieser Bevölkerungsschicht von ganz bedeutendem Einfluß sein.

Insofern ist wohl die in der Versammlung der Frauenvereine zum Ausdruck gebrachte Ansicht nicht ganz zutreffend, daß in der Versammlung im Reichstage ein Heberschäben der äußeren Mittel zutage getreten ist. Die Mednerin legte größeres Gewicht darauf, in den Frauen mehr den Willen zur Mutterchaft und die Freude am Wachsen und Werden des neuen Menschen zu wecken.

Zweifellos sind dies sehr wichtige Momente. Wo aber kann in der Arbeiterschaft der Wille zur Mutterchaft — auch der Wille zur Vaterchaft, der dazu gehört — geweckt werden, wenn sie für die Frauen dieser Bevölkerungsschicht größere Lasten und neue Sorgen bedeutet. Wie kann sich eine Frau, die ihr Kind fremden Leuten ohne Garantie für liebevolle und richtige Pflege anvertrauen muß, weil ihr keine Zeit dafür übrig bleibt, ungetrübte am Werden und Wachsen des Kindes freuen. Auch in der Arbeiterschaft ist der Wille zur Mutterchaft vorhanden und noch viel stärker die Freude an der Entwicklung der Kinder, wenn sie einmal da sind. Zu verstehen ist aber, daß auch in der Arbeiterklasse mehr und mehr das Zweifelhafte zum Geltung kommt. Der Grund dafür ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der Wohnungsverhältnisse zu suchen. Also nicht etwa Bequemlichkeit und Vergnügungssucht, sondern gerade Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Kindern veranlaßt viele Arbeiterfamilien, auf starken Kinderfragen zu verzichten. Solange Frauen in zehnstündiger Arbeitszeit sich abradern müssen, ohne genügend zu verdienen, und daneben noch Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben — selbst schwangere Frauen —, und solange Frauen gleich nach der Entbindung wieder arbeiten müssen, wird der Wille zur Mutterchaft in der arbeitenden Bevölkerung nicht allzu stark vorhanden sein können, und nur Bevölkerungskreisen in kulturell zurückgebliebenen Gegenden und Leuten ohne viel Verantwortlichkeitsgefühl wird Frau Vopelius die Wasserbütte zu empfehlen Veranlassung haben.

Deshalb sind und bleiben Ausbau des Arbeiterschutzes und Ausdehnung des Mutterschutzes, der Kinderfürsorge, Schulspfungen, Wohnungshygiene und andere sozialpolitische Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Bevölkerungspolitik. Bis zu ihrer Verwirklichung werden in Arbeiterkreisen Verheirathungen wenig Erfolg haben, die stärkeren Willen zur Mutterchaft erreichen wollen.

In der jetzigen Zeit und in den ersten Jahren nach dem Striege wird übrigens ganz besonderer Wert auf Gesunderhaltung der Kinder gelegt werden müssen, weil die Kriegsfolgen den Willen zur Mutterchaft in weiten Kreisen — nicht nur in der Arbeiterklasse — stark beeinträchtigt haben. Viele Frauen fürchten sich, in Rücksicht auf die unmittelbaren Kriegsfolgen, Kinder vor allen Dingen Erdne, zur Welt zu bringen. Deshalb dürfte auch der vielfach gegebene Hinweis, daß der Staat Soldaten braucht, wenig geeignet sein, den Willen zur Mutterchaft zu fördern.

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Politisches.

Auf die Eingabe des sozialdemokratischen Parteivorstandes: In der Nahrungsmittelfrage hat der Reichskanzler folgende Antwort erteilt: „Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat mir eine Eingabe über die Lage auf dem Lebensmittelmarkt gemacht, deren Empfang in dankend bestätigte. Wie ich aus Ihren Darlegungen schließen darf, ist auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei davon überzeugt, daß wir uns insofern auf seinem Boden befinden, als wir im Werte völlig ausreichender Vorräte von notwendigen Nahrungsmitteln sind. Diese Vorräte auf die zweckmäßigste Weise und zu angemessenen, auch für die mittelbemittelte Bevölkerung erwidmenden Preisen dem Verbrauch zuzuführen, ist die zu lösende Aufgabe. Alle zutragenden Maßnahmen sind seit einschließlich der Samiergeleiten, die aus spekulativer Preissteigerung entstanden sind, mit allen Mitteln und ohne Ansehen des Standes oder Gewerbes zu beschaffen. Die bereits getroffenen Maßnahmen zeigen, daß die Reichsregierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung zu diesem Zwecke vor idarischen Eingriffen in den freien Verkehr nicht zurückschreckt. Wie dem Parteivorstand bekannt ist, werden weitere Maßnahmen folgen. Es ist somit die Bevölkerung volle Sicherheit haben, daß die Einrichtungen unserer Heinde, daß es ihnen gelingen könnte, uns durch Hungertötungen zu überwinden, kühnlich sind, so wird sie sich doch täglich gegenwärtig halten müssen, daß das Steigen der Lebensmittelpreise über das normale Maß gewiß nicht bloß durch verwerfliche Gewinnjagd veranlaßt ist, daß vielmehr auch besondere natürliche Ursachen, wie Mangel an Rohstoffen, zu beachten sind, und daß alle an diesem Weltkrieg beteiligten Völker mehr oder weniger unter Verteuerung des Lebensunterhalts zu leiden haben. Wie ich persönlich die Sorgen, Entbehrungen und Opfer des uns aufgedrungenen Krieges bei mitempfinden und als Reichskanzler mir der Mühe bewußt bin, alles zu ihrer Milderung zu tun, so darf ich auch erwarten, daß die Frage, um die allein es sich hier handelt, nämlich wie der Verbrauch der reichlichen Vorräte von Lebensmitteln zu erträglichen Preisen zu sichern sei, dem inneren Parteigetriebe entzückt bleibe. Neben in Volkserfahrungen können dabei schließlich viel nützen. Sicher aber ist, daß heftige Gesellen und Ausbrüche des Rißmutes den von den feindlichen Regierungen über die wahre Kriegslage getäuschten Völkern als willkommene Zeichen der Erschlaffung der deutschen Widerstandskraft und Siegesgewißheit dargestellt werden würden. Wie jede deutsche Partei scheint mir auch die sozialdemokratische, die mehr als jede andere ihrem Programm nach dem Völkerverständnis zutrifft, verpflichtet zu sein, alles zu vermeiden, was die Hoffnung unserer Heinde stärken und somit zur unnötigen Verlängerung des Krieges beitragen könnte. So hege ich die feste Zuversicht, daß sämtliche Parteien mit der Reichsregierung vereint auch in der Erörterung der besten Mittel zur Verbilligung des täglichen Aushaltens den Opfermut und Heldennut dabei im im Felde weiter pflegen werden, der die Grundlage unserer bisherigen Erfolge ist und uns bis zum siegreichen Ausgang des Krieges oberes Geschick bleiben muß.“

♦ Kriegsbriefe ♦

Gedanken eines Gewerkschaftlers an der Front. In der Tagespresse finden wir den nachfolgenden „Kriegsbrief“ vom Genossen Duwell, der für sich selbst spricht:

An der Front begegnet man allerhand Grüblern. Der eine spinnst über die Ethik, der andere über den Sinn des Krieges; einige beschäftigen sich mit den Fragen über „Gewalt und Recht“; ein behäbiger Landwehrmann entwickelte mir sein Geleit über „die Verhältnismäßigkeit aller Lebenswerte“. — Sehr selten trifft man noch einen Menschen, der den Krieg als ein unabänderliches Ereignis und eine Pflicht von Einzelernstwertet. Mehr oder minder fest jeder sein eigenes Erlebnis in Beziehung zu der Gesamterkenntnis, er fühlt sich mit ihr verbunden und zieht daraus seine Schlüsse. Und fast alle, mit denen ich in solche Gespräche habe, haben hin und wieder, gaben der Hebräerjüngling Ausdruck, daß eine bessere Verständigung unter den Völkern notwendig und möglich sei. Der Mangel des furchtbaren Zerwürfens von Menschenleben, von Nutzgütern und wirtschaftlichen Werten dränge sich allen mit sich selber Anbaurlichkeit auf, daß nachhaltige Wirkungen nicht ausbleiben könnten. Mit den Worten und Geschehnissen, die dieser Krieg löste, sei es möglich gewesen, den Kulturzustand und die soziale Lage der Völker in Europa ganz außerordentlich zu heben.

Über die Mittel und Wege zur Sicherung friedlicher Entwicklung gehen naturgemäß die Ansichten weit auseinander. Trotzdem steht der Bewegung und das Zielstreben beizuhelfen. Die Meinungen, daß nur starkes Können den Frieden sichere, streiten mit solchen um den Vorrang, nach denen durch die Vereinbarung über Waffen, über den Ausbau eines internationalen Schiedsgerichts und gemeinsame Friedenspropaganda in allen Ländern das Ziel gewährleistet werden könne.

Über solche Fragen sprach ich mit einem Gewerkschaftler, der mir erklärte, alle Friedensbestrebungen müßten getragen werden von der Förderung sozialer Bestrebungen in den einzelnen Ländern und von der Heberwindung engherziger Sonderinteressen. Wie falsch z. B. manche Anschauung über Sozialpolitik und gewerkschaftliche Arbeit sei, das habe dieser Krieg sehr deutlich bewiesen: „Ich will an Schlagworte anknüpfen“, sagte der Gewerkschaftler. „Es gab Leute, die unsere Sozialpolitik als Humanitätsdusel bezeichneten. Angeblich sollte sie zur Verweichlichung führen. Die soziale Fürsorge, so hat man gemeint, befreie den Menschen von dem Zwang, im Lebenskampfe alle Fähigkeiten zu entwickeln. Das Bewußtsein, in Notfällen Armenunterstützung, Krankengeld, Unfall- oder Invalidenrente zu erlangen, die Gewißheit, daß staatliche Fürsorge die Hinterbliebenen vor Not schütze, untergrabe das Verantwortlichkeitsgefühl. — Was lehrt nun der Krieg? Zweifellos hat Deutschland bisher die beste soziale Fürsorge. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der deutsche Soldat die größten Leistungen vollbracht hat. Was zu beweisen, erübrigt sich hier; kein Mensch wird das zu bestreiten wagen. Der deutsche Soldat, vor allem auch der Inaktivarbeiter, genügt den unerhörten körperlichen Anforderungen, seine Selbständigkeit, geringe Regsamkeit, sein Verantwortlichkeitsgefühl hat jede bange Sorge, hat jedes falsche Urteil verbannt. Wo aber liegen die Quellen der Kraft, die den deutschen Soldaten zu so namenswerten Leistungen befähigen? Einmal ist es sein in den Organisationen geübtes und gestärktes Gemeinschaftsgefühl und das Bewußtsein seines Anspruchs, ein voll- und gleichberechtigter Staatsbürger zu sein, dessen Wohl und Wehe unig mit dem Glück des ganzen Volkes verbunden ist. Nicht blinder Haß gegen andere beweist das deutsche Volk, nicht der Wille, andere zu vernichten. Vereinzelt hinterliche Dämonen, blödsinnige Mundhelden und Materialisten sprechen nicht mit, ebenso wenig wie Tollhändler und Minder im Rufe der Vernünftigen. Das deutsche Volk will seine eigene Kultur nicht zertrüben lassen, will seine sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften nicht zerstampfen, sie nicht im Sumpfe russischer Müßiggangigkeit ertrinken lassen. Wer die Zustände in Polen und Litauen gesehen hat, dem schauert vor dem Gedanken an eine russische Vorherrschaft in Europa. Nur Verbesserung könnte erträglich zu der Annahme führen, ein siegendes Ausland, gegen Deutschland liegendes Ausland, würde soziale und politische Fortschritt dienen. Wenn Ausland solchen edlen Zielen nachstrebt, müßte es erst in eigenen Lande wenigstens verüben, auf den von Deutschland gezeigten Spuren zu folgen, ehe es einen Anspruch darauf erheben könnte, als erzieherischer Kulturförderer zu gelten.“

Darum erfüllt es uns mit Bitterkeit, nicht mit Haß, wenn aus Frankreich und England immer wieder Stimmen herüberdröhen, nach welchen man mit Russlands Hilfe die Zerstörung Deutschlands als Voraussetzung des Friedens und der Entwicklung zu größerer politischer Arbeit und kulturellem Aufstieg fördert. Das beste Mittel in der moralischen, geistigen und körperlichen Stärkung des Volkes sehe ich in einem weiteren Ausbau der Sozialpolitik. Wenn die Arbeiterkraft in den anderen Ländern auf dem gleichen Boden den gleichen Flecken zutrifft, wenn man von der Vorstellung sich frei macht, daß Deutschlands Zerstörung die Voraussetzung freierwilliger Entwicklung sei, dann können wir das freudig begrüßen. Wie kein anderes Volk hat die deutsche Arbeiterkraft seine internationale Interessensolidarität praktisch bekundet. Das sollte man nicht übersehen und sollte berücksichtigen, wie verbittern es wirken muß, wenn man uns nun schmäht und verächtlich. Unser Solidaritätsgefühl und unseren Friedenswillen in Zweifel zu ziehen, hat nach unserem bisherigen Verhalten niemand ein Recht und allgemein sollte man aus der Erkenntnis, daß gewerkschaftliches Streben und Sozialpolitik die beste Quelle der Volkskraft sind, die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ohne unsere Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und sonstigen Versicherungen, ohne unsere öffentliche Hygiene und vor allem auch ohne das durch die Arbeiterbewegung geförderte Persönlichkeitsbewußtsein des deutschen Arbeiters wäre das Volk nicht zu solcher Kraftentfaltung fähig gewesen, die es der Welt in diesem Kriege bewiesen hat.

Am Anluß hieran möchte ich noch einen Punkt streifen, der bei dem Widerstand gegen gewerkschaftliche Forderungen eine gewichtige Rolle spielte. Es ist die Behauptung von der angeblichen Untergrabung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt als Folge sozialer Lasten. In Wirklichkeit bedeuten Aufwendungen für soziale Zwecke keine Belastung, es sind vielmehr die fruchtbarsten Kapitalanlagen. Die mit den Motten der Sozialpolitik gehobene und vor frühzeitiger Zerstörung gerettete Volkskraft steht in gar keinem Verhältnis zu den Aufwendungen. Im sogenannten freien Spiel der Kräfte wird Volkskraft nutzlos vergeudet; vernünftige Sozialpolitik steigert ihren Nutzwert. Deutschland steht mit seinen Ausgaben für Sozialpolitik an der ersten Stelle. Seine wirtschaftlichen Grundlagen sind damit nicht erschüttert, sondern in ungehörter Weise gesteigert worden. Diese Tatsache hat der Krieg uns und aller Welt deutlich offenbart. Auch diese Lehre muß nutzbar werden! Unsere Organisationen, unsere Sozialpolitik sind des deutschen Volkes allerbeste Nähr- und Kraftquellen!

◆ **Wochenbericht vom Krieg** ◆

Berlin, 15. November 1915.

Eine weitere Woche fortschreitender Operationen in Serbien, während auf den anderen Kriegsschauplätzen die Lage unverändert ist. Wohl stürmen die Italiener tapfer und unermüdlich gegen die Jngosfront an, aber an ein Durchbrechen ist wohl nicht zu denken. Auch in Wolhynien beweisen die Russen zientliche Angriffslust, die sie aber meist teuer bezahlen müssen. Im österreichischen Kriegspressequartier wird die Zahl der gefangenen Serben bis 12. November 1915 auf 51500 angegeben. Dazu eine schier unüberschaubare Beute: 478 Geschütze, Tausende von Eisenbahnwaggons, größtenteils mit Kriegsmaterial gefüllt. Insbesondere haben die Bulgaren in Risch reiche Beute gemacht, da dort alles Nats über Stopp verlassen worden ist. Es freilich die volle Einkreisung der serbischen Armee gelingt (die jetzt höchstens noch 150 000 Mann zählen dürfte), ist nicht ganz sicher. — Inzwischen ist wieder einer von den Kriegstreibern aus dem englischen Ministerium ausgeschieden, Lord Churchill, der wohl hauptverantwortlich für die verhehlte Tardanelaktion war. Lord Mitcheller ist in „geheimer Mission“ über Frankreich „nach dem Osten“ gereist. Es zur Orientierung nach Saloniki oder (wie vielfach in der Tagespresse behauptet wird) um sich über die wachsenden indischen Unruhen ein klares Bild zu machen, wird sich bald zeigen. Inzwischen haben zwei englische Lords (Vereburn und Courtnay) im Unterhause den Mut gefunden, für einen vernünftigen Frieden einzutreten. Leider haben die darauffolgenden englischen Ministerreden in der Guildhall keinen Zweifel darüber gelassen, daß die englische Regierung noch immer nichts von Frieden hören will. In der halbamtlichen „Nordd. Allg. Mg.“ werden die beiden Oberhausreden als „Stimmen in der Wüste“ bezeichnet. Nun, in der gegenwärtig militärisch günstigen Situation wäre dringend zu wünschen, daß bei den Reichstagsverhandlungen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch der Reichskanzler seine Friedensbereitschaft hervorhebt. Wir vergeben uns damit gar nichts und haben nur dann ein Recht, die schwere Schuld der Weiterführung des Kriegsbrandes von uns abzuweisen, wenn wir alles getan haben, um dem gemeinsamen Kriegsspiel ein Ende zu machen! Nachfolgend Einzelvorgänge:

7. November. Vergebliche russische Angriffe südlich Riga. Ebenso in Wolhynien nordwestlich Czartorysk. — In Serbien ist Bijenac und Krusovac besetzt. 3000 unverwundete Gefangene, 1500 verwundete Serben im Lazarett gefangen, 10 Geschütze und viel Material. — **8. November.** Russische Angriffe bei Dunaburg. Gegenangriffe brachten 372 Gefangene. — Bei Momarow (am Styr) 306 Gefangene. — In Serbien unauhaltbares Vordringen an allen Fronten. Weitere Beute von Krusovac 103 Geschütze, 7000 Gefangene. Die Bulgaren haben Leskovac genommen. 12 Geschütze. Die Beute in Risch ist ungeheuer. 5000 Gefangene, 100 Geschütze. — **9. November.** Westlich von Riga und in Wolhynien bei Czartorysk vergebliche russische Durchbruchversuche. — Die Serben werden hinter Risch und Alessina zurückgeworfen. — **10. November.** Bei Memera (westlich Riga) haben wir unsere Front etwas zurückgenommen. — Arme v. Vinzigen dringt bei Mosjuchnowka (Wolhynien) vor. 200 Gefangene. — Die Verfolgung der Serben im Gebirge südlich der westlichen Morawa macht Fortschritte. 4000 Gefangene. Auch die Oesterreicher dringen an der montenegrinischen Grenze sowie in Westserbien vor. Ueber 1000 Gefangene, dazu ein Spzr mit 1000 verwundeten Serben. — Italiener stürmen wieder vergeblich gegen Goerz an. — **11. November.** Russischer Angriff in Wolhynien (Eisenbahn Nowel Zaven) wird abgeblagen. 230 Gefangene. — Verfolgung in Serbien wird fortgesetzt. 1700 Gefangene, 11 Geschütze. Bulgarische Armee hat Morawaübergang erzwungen. — Heftige Angriffe der Italiener bei Goerz und Toverdo bleiben ohne Erfolg. — **12. November.** Verfolgung der Serben im Gebirge schreitet fort. Pashöhen von Kanabac sind genommen. 1100 Gefangene, 1 Geschütz. — **13. November.** In Wolhynien nordwestlich Czartorysk brechen deutsche Truppen in russische Stellungen ein. 1515 Gefangene, 4 Maschinengewehre. — In Serbien haben die deutschösterreichischen Armeen in heroischen Kämpfen die Serben zurückgeworfen. 1700 Gefangene, 2 Geschütze. Auch die bulgarischen Kräfte rücken weiter vor. — Heftige Kämpfe um Goerz, wobei die Italiener neuerdings die Stadt stark beschossen, führten zu keinem Resultat.

◆ **Aus den Gemeinden** ◆

Dresden. Der vorläufige Abschluß des Haushaltsplanes der Stadtgemeinde Dresden für das Jahr 1916 ist jetzt im Amtsblatt veröffentlicht worden. In diesem Zahlenwerk spiegeln sich die Kriegseinwirkungen so recht wider. Beim Etat der Ueberüberschüsse ist mit einem Rückgang von 2 600 563 Mk., beim Etat der Zuschüsse mit einem Mehrbedarf von 1 549 419 Mk., mithin insgesamt mit einem Mehrbedarf von 4 150 282 Mk. zu rechnen! Der Mehrbedarf bei den Zuschüssen ist hauptsächlich durch die der Stadtgemeinde aus Anlaß des Krieges erwachsenden außerordentlichen Ausgaben (Unterstützung der Familien, der Erwerbslosen, Quartiergelder usw.) verursacht. Bis Ende September 1915 sind für diese Zwecke rund 2½ Millionen Mark erforderlich gewesen. Für die Verzinsung der zur Vortreibung dieser Ausgaben aufgenommenen oder noch aufzunehmenden Anleihen sind allein rund 1½ Millionen Mark nötig. Um den Mehrbedarf auszugleichen, ist neben anderen Maßnahmen die Erhöhung der städtischen Einkommensteuer um achtzehn Prozent, sowie die Erhöhung der Schulanlagen um zwei Prozent beantragt. Insgesamt also sollen die städtischen Steuern Dresdens um 20 Prozent erhöht werden! — Aber auch der sächsische Staat braucht viel Geld. Am Staatshaushalt ergibt sich ein Mehrbedarf von 5 840 000 Mk.! Um diesen Betrag zu decken, sollen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. Und zwar bei einem Einkommen von 1 000 bis 4 000 Mk. 10 Prozent, von 4 000 bis 12 000 Mk. 15 Prozent, von 12 000 bis 25 000 Mk. 20 Prozent, darüber hinaus 25 Prozent. Also die Stadt braucht 20 Prozent, der Staat 10 bis 25 Prozent. Für die Steuerzahler recht erfreuliche Aussichten!

◆ **Aus den Stadtparlamenten** ◆

Kriegs-Teuerungszulage.

Berlin-Steglitz. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer am 12. November stattgefundenen Sitzung eine einmalige Teuerungszulage an alle Beamten und Angestellten, einschließlich der Lehrpersonen, mit Ausschluss der Kriegshilfskräfte, sofern die Beamten usw. 1. verheiratet sind, 2. ein steuerpflichtiges Einkommen von 3000 Mk. und darunter haben und 3. nicht im Felde stehen. Die Vorgenannten sollen erhalten, wenn sie an der bisherigen Teuerungszulage von monatlich 10 Mk. nicht beteiligt sind: einmalig 75 Mk. und für jedes Kind unter 16 Jahren einmalig 25 Mk., wenn sie an der bisherigen Teuerungszulage von monatlich 10 Mk. beteiligt sind: einmalig 50 Mk. ohne Rücksicht auf die Kinderzahl (neben der weiter bestehenden laufenden Teuerungszulage von 10 Mk. monatlich bei Einkommen bis zu 2000 Mk. bzw. 2200 Mk.). Laufende Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Oktober 1915 ab, zunächst bis 31. März 1916 — monatlich nachher zahlbar — erhalten alle nicht im Felde stehenden händigen und nichtständigen (Kriegsausfalls-) Arbeiter der Gemeinde Berlin-Steglitz, gleichviel, ob sie verheiratet, verwitwet oder ledig, männlich oder weiblich sind, und zwar sollen in Abänderung der bezüglichen Gemeindebeschlüsse vom 26. März 1915 und 11. Juni 1915 erhalten: 1. ledige und verheiratete kinderlose Arbeiter monatlich 10 Mk., 2. Arbeiter mit 1 und 2 Kindern unter 16 Jahren monatlich 15 Mk., 3. Arbeiter mit 3 und 4 Kindern unter 16 Jahren monatlich 20 Mk., 4. Arbeiter mit 5 und mehr Kindern unter 16 Jahren monatlich 25 Mk. Weder belt man es für nötig, die in den Bureaus tätigen Anstaltskräfte sowie die Elektrizitätsarbeiter von dieser Fürsorge auszuscheiden. Als Begründung wurde ausgeführt, daß letztere während der Kriegszeit schon zweimal je 5 Pf. pro Stunde als Zulage erhalten hätten, einmal im März und dann im August dieses Jahres. Da der Stundenlohn zurzeit nur 60, 65 und 70 Pf. beträgt, wäre auch diesen Arbeitern die Teuerungszulage zu wünschen gewesen.

Freiberg (Sachsen). Sämtliche 162 städtische Arbeiter erhalten ab 1. Oktober eine Lohnzulage von 2 Pf. für die Stunde. Darüber hinaus erhalten diejenigen bis mit 25 Mk. Wochenverdienst (Heberstunden usw. nicht mitgerechnet) eine Teuerungszulage von wöchentlich 1 Mk. Die bereits seit Juni gewährte Kinderzulage von monatlich 3 Mk. bleibt bestehen.

Glauchau. Die Stadtverordneten beschloßen, allen verheirateten städtischen Arbeitern ab 3. Oktober eine Teuerungszulage von täglich 15 Pf. und von 5 Pf. für jedes schulpflichtige Kind zu gewähren. Es kommen insgesamt 80 Arbeiter mit 73 Kindern in Frage, für die wöchentlich 97,35 Mk. aufzuwenden sind.

Konstanz. Die städtischen Arbeiter erhielten vom Stadtrat in Berücksichtigung der bestehenden Teuerungszulagen Zuschüsse, und zwar für jeden Arbeiter ab 1. Januar 1915) 20 Pf. pro Tag, für jedes Kind unter 15 Jahren ab 1. April 1915) drei Mark pro Monat. Auch die städtischen Beamten erhalten eine Teuerungszulage.

Minden. Vom 1. Oktober ab werden den städtischen Arbeitern Feuerungszulagen gewährt. Es erhalten Lehrlinge und Angehörige bis 15 Jahren 1,50 RM. pro Monat, alle übrigen Arbeiter monatlich 3 RM., für jedes Kind unter 15 Jahren ebenfalls 3 RM. monatlich. Erwerbsfähige Eltern, Geschwister und Kinder über 15 Jahre gelten den Kindern gleich, wenn sie von den Angestellten unterhalten werden.

Flauen (Bogtl.). Die städtischen Arbeiter erhalten Kinderzulagen, und zwar erst vom zweiten Kinde ab wöchentlich 50 Pf. (Weniger konnte man bald nicht bewilligen.)

Wina. Die städtischen Arbeiter erhalten ab 1. November 2 Pf. für die Stunde. Zum 1. April 1916 sollen weitere 2 Pf. für die Stunde gewährt werden.

Treptow. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer Sitzung mit verschiedenen die Kriegsfürsorge betreffenden Maßnahmen, die infolge der Lebensmittelteuerung und des Kriegszustandes erforderlich geworden sind. Im Mai d. J. hatte die Vertretung bereits Feuerungszulagen von insgesamt 665 RM. monatlich an die Angestellten und Arbeiter mit einem Einkommen bis 2000 RM. genehmigt. Da inzwischen eine starke Verschärfung der Teuerung eingetreten ist, erhöhte die Vertretung ohne Erörterung die bisherigen Zulagen auf den doppelten Betrag. Den im Gemeinbedienst beschäftigten Arbeiterinnen wurde der Stundenlohn erhöht, während zur Gewährung von Feuerungszulagen für die Beamten noch eine besondere Vorlage unterbreitet werden soll. Die Fürsorge für die am Kriegsdienst teilnehmenden Privatdienstverpflichteten und Arbeiter wurde dahin ausgedehnt, daß den Dinterbliebenen derartig gefallener Angestellten der Gemeinde die bisherige Familienunterstützung drei Monate weitergezahlt wird.

• Aus unserer Bewegung •

Cassel. Endlich hat sich auch die Stadverwaltung Cassel Kamern, Feuerungszulagen zu gewähren, wenn auch immer noch in recht bescheidenem Umfang. Die im März gewährten Zulagen waren je unbedeutend, daß von einer eigentlichen Feuerungszulage nicht gesprochen werden kann. Die Vorkarbeiter des Gaswerks waren die ersten, die auf ihr erneutes Verlangen 20 Pf. pro Tag Zulage erhielten. Seit August wird den Arbeitern des Wasser- und Elektrizitätswerks eine tägliche Zulage von 20 Pf. gewährt. Die Arbeiter des Reinigungsamtes, Wegewart, Gartenverwaltung, Schlachthof erhielten trotz der dort gezahlten niedrigen Löhne nur die im März gewährten unbedeutenden Zulagen. Die gewaltige Teuerung zwang die städtischen Arbeiter dazu, eine durchgreifende Aufbesserung ihrer Lage zu fordern. Am 18. Oktober wurden von der Gauleitung die Forderungen der Arbeiter dem Magistrat zugestellt. In einem Schreiben vom 1. November wurde vom Magistrat der Gauleitung mitgeteilt, daß den städtischen Arbeitern Lohnzulagen bewilligt sind. Die Zulagen betragen: Inhaber der im März gewährten Zulagen für unverheiratete Arbeiter 20 Pf. täglich, für verheiratete Arbeiter 40 Pf. täglich. Die Zulage erhöht sich bei drei und vier Kindern auf 60 Pf. täglich, bei mehr als vier Kindern auf 80 Pf. täglich. Wir werden anerkennen, daß der Magistrat den guten Willen hatte, für die städtischen Arbeiter einigermaßen Erleichterungen zu schaffen. Die gewährten Zulagen sind für den größten Teil der städtischen Arbeiter indessen ungenügend. Es bleibt daher die Tatsache bestehen, daß durch die jetzt gewährten Zulagen die Not unter den städtischen Arbeitern wohl etwas gemildert, nicht aber beseitigt wird.

Frankfurt a. M. In unserer gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 30. Oktober wurde der Quartals- und Massenbericht gegeben. In bezug auf unsere Forderung haben wir gute Fortschritte gemacht. An Feuerungszulagen erhalten nunmehr alle städtischen Arbeiter und Angestellten bis zum Höchstgehalt von 2500 RM., sofern sie verheiratet sind und Kinder haben, pro Monat 10 RM., sofern sie unverheiratet sind und keine Kinder haben, pro Monat 5 RM., und die Ledigen pro Monat 3 RM. Bei der Frankfurter Gasgesellschaft beträgt nunmehr die Feuerungszulage für Verheiratete pro Tag 50, für Ledige pro Tag 30 Pfennig. Die Feuerungszulage seitens der Stadtgemeinde wurde ausgedehnt auch auf das Zoologische Garten und bei der Neuen Theater-Affinggesellschaft beschaffte Personal. Für die bei der Frankfurter Gasgesellschaft beschäftigten Laternenputzer und Anzähler gelang es ebenfalls, eine Feuerungszulage in Höhe von 80 Pf. bis 1 RM., allerdings nach längerem Widerstand seitens der Gesellschaft, durchzusetzen. Im Jahresbericht sind gegenüber dem Vorjahre die Löhne um 25 bis 60 Pf. pro Tag gestiegen. Die Mehrzahl der für unser Organisationsgebiet in Betracht kommenden Arbeitssphären hat eine wöchentliche Besserung von 3 RM. erhalten. Im dritten Quartal 1915 haben wir 208 Maßnahmen zu verzeichnen, wovon der Löwenanteil auf die Laternenputzer entfällt, die 1.81 mit Auszahlung einiger über 65 Jahre alten Anzähler sämtlich organisiert sind. Gegenüber der Teuerung redet der auch für die Zukunft noch zu erwartenden hohen Lebenshaltung ist aber die erreichte Verbesserung eine verschwindend kleine. Es gilt, auch in Zukunft seit

zusammenzukommen und tüchtig zu arbeiten. — Der Massenbericht läßt recht hohe Aufwendungen für Krankenunterstützung erkennen. Das kommt daher, daß der größere Teil unserer Mitglieder im Felde steht. Einmündige Annahme fand der Antrag, den gegenwärtigen 55 Pf. Beitrag von der 15. Woche an auf 60 Pf. zu erhöhen und dafür für die Klasse von dieser Woche an die 20 Pf. Extrasteuer aufzugeben. Beim dritten Punkt der Tagesordnung: „Kriegsbeschädigtenfürsorge“, werden die vom Verbandsvorstand in Nr. 42 der „Gewerkschaft“ aufgestellten Grundzüge durch einige, den Frankfurter Verhältnissen angepaßte Zusätze ergänzt. Der Magistrat hat zugestimmt, alle vor dem 1. August 1914 beschäftigten Arbeiter nach ihrer Rückkehr aus dem Felde ohne Rücksicht auf ihre körperliche Beschaffenheit als händige Arbeiter zu behandeln.

Freiburg (Sachsen). Am 12. November fand in Müllers Restaurant eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Mollate Freigler-Dresden schilderte in ausführlicher Weise die bisherige Tätigkeit unseres Verbandes und wies darauf hin, daß wir unsere Organisation auch nach dem Kriege recht sehr notwendig brauchen. Deshalb gelte es schon jetzt, nicht nur den Verband zu erhalten, sondern auch mit allen Kräften zu vergrößern, ihn zu stärken. Es gibt ja auch in Freiburg noch eine Zahl händiger Arbeiter, die außerhalb der Organisation stehen, sich aber nicht im geringsten scheuen, an den Erfolgen der Organisation (siehe Feuerungszulage!) teilzunehmen. Darauf erbatete der Kassierer den Massenbericht vom 3. Quartal. Es verblieb ein Tilgungsvermögen von 460,81 RM. und ein Kapitalvermögen von 58. Es sind insgesamt 717 Vertragsmarken verkauft, so daß aus Mitglied im Durchschnitt 12 Verträge entfallen. Der Kassierer bedauerte nur, daß recht viel Mitglieder mit ihren Extrabeträgen im Rückstand sind. Der Hauptkassier wurden einstimmig 70 RM. als Weibisse zur Weihnachtsunterstützung bewilligt.

Hamburg. Die Abrechnung vom dritten Vierteljahr 1915 zeigt ein relativ ungünstiges Resultat unserer Vermögensverhältnisse. Wir waren bisher gewohnt, daß unser Vermögensbestand ständig wuchs; und unsere Mitglieder wollten dies auch, und zwar in der Erkenntnis: eine im ökonomischen Leben, nämlich im freien Kampfverhältnis, stehende Organisation muß im Zustand ununterbrochen andauernder Zunahme, und zwar in jeder Beziehung ihrer Kraft, erhalten werden, sonst verliert sie von ihrem Element. Und an dieser Auffassung wurde auch unter dem Kriegszustand festgehalten; daher unsere Vertragsüberhöhung vom Juli 1915. Und weil diese Vertragsüberhöhung das zurzeit mögliche Höchstmaß der Opferwilligkeit unserer Mitglieder ist, muß im übrigen unsere Finanzverwaltung die Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zueinander so regeln, daß die Vermögensstände nicht angegriffen werden, wenigstens nicht erheblich zurückgehen. Das dritte Vierteljahr schloß nun ab mit einem Vermögensbestand von 121 553,42 RM. Am Schluß des zweiten Vierteljahres waren es 121 644,66 RM. Wir haben nun letzten Jahres noch keinen Nachschuß, aber dies war zufällig. Wenn man fernerhin weder in den Einnahmen, noch in den Ausgabenverhältnissen an sich, das heißt in den festgesetzten Einstellungen, Änderungen eintrifft, dann mußte eine Vermögensabnahme die Folge sein, denn die Unterhaltungsansprüche gewannen immer größeren Umfang. Im dritten Vierteljahr wurden 10634,40 RM. als Unterstützung für Kriegsfamilien ausbezahlt. Als Hinterbliebenenunterstützung wurden 470 RM. ausbezahlt, wovon die Tilgungslöhne die Hälfte, nämlich 2100 RM., zu tragen hat. Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen verminderten sich weiter erheblich; von unseren reichlich 7000 Mitgliedern standen am Ende des Rechnungsdrittvierteljahres 3531, also schon die Hälfte, im Kriegsdienst. Ein Teil, und zwar der größere der betreffenden Kriegsfrauen, zahlt nun zwar Kriegsruheenträge, aber diese reichen bisher nur gerade zur Deckung der für die Kriegsfamilien im ganzen übernommenen Unterhaltungsverpflichtungen, und weil mit dem Heranziehen immer älterer Jahrgänge zum Kriegsdienst die Hinterbliebenenunterstützung in Einzelfällen immer öfter die Höchstgrenze der diesbezüglichen haushälterischen Höhe erreicht, so wird zukünftig in dieser Hinsicht die Tilgungslöhne aus ihren Einnahmen an ordentlichen Mitgliederbeiträgen zuliegen müssen. Es mußte deshalb die Kriegsruhenenträgeeingeschränkt werden, wobei zu beachten ist, daß die der Kriegsruhenenträge gewährte Unterstützung keine haushälterische Leistung, sondern eine Zugabe ist. Nun wird aber diese Ausgabenvermehrung, die eine Mehrausgabe, das heißt ein Defizit, veranlassen soll, erst im vierten Vierteljahr 1915 zuerst in Erscheinung treten; groß wird diese Ersparnis im ganzen aber nicht sein, denn die Zahl der von uns zu unterstützenden Frauen ist in letzter Zeit bedeutend gestiegen. Als ordentliche Wocheneinträge wurden 26 897,55 RM. eingenommen, als Kriegsruheenträge 11 422,20 RM., sonstige Einnahmen waren 78,65 RM. Von diesen Einnahmen waren 15 691,25 RM. an den Verbandsvorstand abzugeben; letzterer hat aber 6905 RM. als Unterstützungen für unsere Fälle aufwenden müssen. Mit der Hauskassierung wurde es jetzt in den letzten Monaten wieder besser; wir haben eine Anzahl Defizite, und diese sind wieder häufig und reichlich gewesen. Veränderungen unserer Mitgliederbestände werden regelmäßig monatlich in der „Gewerkschaft“ bekanntgegeben.

Wina. Bereits am 16. April richteten unsere Kollegen an den Stadtrat das Erindern um Gewährung einer Feuerungszu-

zulage. Das Gesetz wurde aber abgelehnt mit der Begründung, daß der Stadtrat während der Kriegszeit eine Lohnerhöhung nicht in Betracht bringen sollte, alle Bevölkerungskreise müßten sich einhalten, folglich auch die jüdischen Arbeiter. Die fortwährende Forderung aber zwang die Kollegen zu einer erneuten Eingabe, welche im Juni abgelehnt wurde. Dieses Gesetz fand jedoch auch kein Gehör, worauf die Gewerkschaft eine neue und ausführliche Eingabe anfertigte und jedem einzelnen Stadtrat und Stadtverordneten zustellte. Der Stadtrat beschloß hierauf, bei der Haushaltsplanberatung zur Lohnerhöhung Stellung zu nehmen. Am 11. September endlich befaßten sich die Stadtverordneten mit dieser Sache, und sie erlaubten dem Stadtrat, die Lohnerhöhung schon zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Dazu konnte sich aber der Stadtrat nicht aufschwingen, er glaubte jedenfalls: Zeit gewonnen, heißt hier Geld gespart, und so trat erst zum 1. November die Lohnerhöhung in Kraft. Damit aber die jüdischen Arbeiter nicht etwa zu Ablehmern würden, war der Stadtrat vorsichtig genug, die Lohnerhöhung auf zwei Raten zu verzinsen, und zwar werden ab 1. November ganze 2 Pf. für die Stunde gewährt und zum 1. April nächsten Jahres weitere 2 Pf. Diese Zulage ist völlig unzureichend, zumal jetzt die Bauamtsarbeiter infolge der kurzen Tagestänge nur noch neun Stunden arbeiten. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit wird die Zulage wieder vollständig ungenügend, das heißt es wird keine Erhöhung des Wochenverdienstes bewirkt. Auf der einen Seite gibt man, auf der anderen aber nimmt man's wieder weg! Müßten doch alle Kollegen endlich einsehen, daß bessere Verhältnisse nur durch eine härtere Beteiligung an der Organisation geschaffen werden können! Und diejenigen Kollegen, welche mit dem Erreichten nicht zufrieden sind, sollten dafür nicht die Organisation, sondern die Unorganisierten verantwortlich machen. Gelse also ein jeder, daß es anders, und zwar besser wird!

Rundschau

Die deutsche Arbeiterversicherung und der Krieg. Das „A. T.“ schreibt: „Wie bedeutend der Einfluß ist, den die deutsche soziale Versicherung auf die Kriegsbereitschaft und Wehrfähigkeit des deutschen Volkes ausgeübt hat, wird in einem Aufsatz gezeigt, den der Direktor des Reichsversicherungsamtes Witowski in der „Deutschen Bauernzeitung“ veröffentlicht. Zunächst wird gezeigt, daß die Krankenversicherung dem Vaterland ein kriegstüchtiges Geschlecht ergeben habe. Vor ihrer Einführung blieben viele erkrankte Arbeiter ohne ärztliche Behandlung und verfielen vorzeitigem Siechtum. Jetzt gehören gegen 20 Millionen Personen der Krankenversicherung an, die über etwa 100 eigene Krankenhäuser, Lungenheilstätten und Genesungsheime verfügt. Bis 1912 haben die Krankentafeln 5 1/2 Milliarden Mark für ihre Zwecke aufgewendet. Fast geringer ist die vorwiegende Tätigkeit bei der Unfallversicherung. Für Schutzvorrichtungen aller Art sind bereits 30 Millionen Mark aufgewendet, und 25 Millionen Arbeiter werden in 800 000 Betrieben vor Verletzungen und tödlichen Unfällen geschützt. Die Pensionskassen allein haben für das Verfahren bereits 170 Millionen Mark ausgegeben. Ihre Gesamtleistungen belaufen sich auf 2 1/2 Milliarden Mark. Am vielseitigsten ist das schadenverhütende Wirken in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Hier nimmt die Tuberkulose die erste Stelle ein. Die Versicherungsanstalten verfügen in ihren 80 eigenen Heilanstalten über rund 10 000 Betten. Nur sie sind 90 Millionen Mark aufgewendet worden. Jährlich werden etwa 50 000 Lungentranke behandelt; die Erfolge sind erachtlich. Während 1897 erst in 68 Proz. der Fälle Besserung eintrat, wurde sie 1912 schon in 92 Proz. aller Fälle erreicht. Die Dauerverfolge vermehrten sich von 1897 bis 1907, also in zehn Jahren, von 27 auf 57 Proz. 1890 starben in Preußen 84 000 Personen an Tuberkulose, 1913 nur noch 56 583. Für die wichtige Wohnungsfürsorge haben die Versicherungsanstalten bis 1913 über 180 Millionen Mark zu niedrigem Zinsfuß ausgeben und bis zu demselben Jahre den ihnen gesetzlich zugewiesenen Gehältern der Volkswohlfahrt über zwei Milliarden Mark zugeführt. Die Gesamtleistungen der Träger der Arbeiterversicherung einschließlich der Rentenzahlungen betragen bis 1913 fast 11 Milliarden Mark. So ist diese Versicherung wirtschaftlich ein Segen für die an ihr beteiligten rund 60 Millionen Versicherten geworden, und Hunderttausende, die in Feindesland für das Vaterland kämpfen, verdanken ihre Wehrfähigkeit der rechtzeitigen und sachgemäßen Behandlung mit Hilfe der sozialen Versicherung. Zurzeit werden an etwa 1 200 000 Personen 225 Millionen Mark Invalidenrenten und an 1 200 000 Unfallrentner 180 Millionen Mark Entschädigungen jährlich gezahlt. Der Krieg wird diese Ausgaben beträchtlich erhöhen, weil nach Entlassung aus dem Militärverhältnis viele nicht mehr voll erwerbsfähig sein werden. Ungeachtet ihrer Gesamtleistungen bis 1912 von rund 11 Milliarden Mark betrug dennoch das Vermögen der Versicherungsträger drei Milliarden Mark. In Anbetracht des Reiches und der Einzelnstaaten haben sie 578 Millionen Mark angelegt. Besonders umfangreich sind die außerordentlichen Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten. Die der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes unterstellten Anstalten haben an Zu-

schüssen für das Rote Kreuz, zur Beschaffung von Wollstoffen für das Meer, an Weiblichen in Cupreuzen und oblag Vorkriegszeiten, für Ausrüstung von Lazarettzügen usw. über sieben Millionen Mark und an Darlehen zur Linderung der Kriegsnot über 10 Millionen Mark aufgewendet und dem Roten Kreuz über 6500 Betten eingeräumt. Schon nach diesem knappen Auszuge aus den interessanten Angaben Witowskis ist die Wirksamkeit der sozialen Versicherung und ihre machtvolle Entwidlung zu erkennen. Sie hat den Arbeiterstand gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial gehoben. Mit ihrer Hilfe haben wir den Kampf auf dem Weltmarkt erfolgreich geführt.“

Arbeitsverdienst und Kriegsunterstützung. Ein recht verständiger und angenehm berührender Beisatz zur Frage der Familienunterstützung an Angehörige der Kriegsteilnehmer ist in Dortmund gefaßt worden. Danach soll vom 1. November ab der Arbeitsverdienst von Kriegerrfrauen, namentlich solcher, die als Arbeiterinnen auf industriellen Werken beschäftigt sind, bei der Festlegung der Kriegsunterstützung in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß in dieser Weise in allen Eilen verfahren würde. Die Anrechnung des Arbeitsverdienstes von Kriegerrfrauen führt zu vielen Streitigkeiten und ist häufig Veranlassung, daß Kriegerrfrauen sich nicht gern um Arbeit bemühen. Gehört es doch nicht gerade zu den Seltenheiten, daß Frauen die Kriegsunterstützung nicht gewährt oder wieder entzogen wird, obwohl der Arbeitsverdienst diesen Betrag nicht einmal erreichte. Außerdem wird in der Sache nicht einheitlich verfahren, so daß sich die Frauen, die Erwerbsarbeit leisten, um so mehr benachteiligt fühlen müssen. Die Kriegsunterstützung soll eine Entschädigung sein für den Nachteil, der der Familie durch die Einziehung des Mannes zum Heeresdienste entsteht. Sie soll nur dann gezahlt werden, wenn tatsächlich der Familie ein Vermögensnachteil erwächst. Wie in vielen Fällen, so kann auch hier nicht streng nach dem Wortlaut gehandelt, sondern es müssen menschliche Nebenumstände berücksichtigt werden. Es wird natürlich niemand verlangen können, Kriegsunterstützung zu erhalten, wenn das Gehalt des Mannes in voller Höhe der Familie ausbezahlt wird. Anders aber verhält es sich mit dem Verdienst der Frauen. Der Mann ist bei den üblichen niedrigen Löhnen für Frauen in der Regel der Hauptverdiener. Fehlen die Einnahmen von ihm, dann hat die Familie erheblichen materiellen Schaden, zumal Ausgaben für Wohnungsmiete, Heizung, Beleuchtung usw. die gleichen bleiben und nur die Kosten für Ernährung geringer sind. In solchen Fällen den Frauen die Kriegsunterstützung vorzugewähren, ist ungerade. Es ist aber vielfach vorgekommen, selbst — wie bereits erwähnt — in Fällen, wo der Arbeitsverdienst geringer war als die Kriegsunterstützung. Unter der Praxis der Anrechnung des Arbeitsverdienstes leiden vielfach auch die kriegsankrauten Frauen. In ihrer Wirtschaftsführung hat sich freilich noch außen hin durch die Seirat häufig nichts geändert. Die junge Frau lebt genau so bei den Eltern oder bei fremden Leuten wie vor der Ehe. Sie hatten sich trauen lassen, und der Mann zog ins Feld. Wohl alle Frauen aber bemühen sich, den Männern etwas zu schicken, und sie machen häufig dafür erhebliche Aufwendungen. Diese müssen aber von den Einnahmen abgerechnet werden. Deshalb sind auch Kriegerrfrauen durch die Einziehung des Mannes zum Heeresdienste oftmals geschädigt, und es dürfte daher ein Berücksichtigung der Nebenumstände bei der Prüfung der Unterstützungsansprüche durchaus im Sinne der Verordnung über die Kriegsunterstützung liegen. Ganz besonders wäre ein Eingehen auf diese nötig bei den Anprüchern der Familien, die Kinder haben. Man stelle sich einmal die moralische Wirkung vor, wenn Frauen, die arbeiten, gewissenmaßen dafür noch bestraft werden dadurch, daß ihnen dann keine Unterstützung gezahlt wird. Ist diese höher als der Verdienst oder wenigstens nicht niedriger, dann kann ein Anrechnen des Arbeitsverdienstes leicht dazu führen, daß Frauen die Arbeit aufgeben. Andere wieder werden abgehalten, sich nach Arbeit umzusehen. Verheiratete Frauen haben immer in der Hauslichkeit zu tun, noch dazu, wenn Kinder da sind. Deshalb kann man es ihnen noch gar nicht einmal verdenken, wenn sie zu Hause bleiben, sich mit der Unterstützung einrichten oder durch wenig Arbeit nur hinzuverdienen wollen. Hierzu Anlaß zu geben durch Festsetzung des Reiches der Kriegerrfrauen liegt nicht im Interesse dieser und der Allgemeinheit. Daher muß man den Beisatz des Dortmunder Unterstützungsausschusses begrüßen und ihn zur Nachahmung empfehlen. Die oben veröffentlichte Ministerialverordnung über die Unterstützung der Kriegerrfamilien weist übrigens die Lieferungsverhältnisse ausdrücklich an, bei Feststellung der Bedürftigkeit nicht eingetragene zu verfahren und nicht etwa die Unterstützung unter Hinweis auf die Arbeitsfähigkeit ohne weiteres zu verweigern. Wenn die Frage der Höhe des Arbeitsverdienstes in dem Erlass auch nicht besonders vermerkt ist, so läßt er doch erkennen, daß eine engere und verantwortliche Behandlung der Unterstützungsansprüche der Kriegerrfrauen nicht im Sinne der Reichsverwaltung liegt.

Die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr 1915. Die vom statistischen Statistischen Amt bearbeiteten Erhebungen der Sachverhalte über die Arbeitslosigkeit zeigen für das 3. Vierteljahr 1915 zum ersten Male seit Kriegsbeginn keine weitere Abnahme

der Arbeitslosenziffer. Das 2. Quartal des Jahres hatte mit einem Arbeitslosenprozentsatz von 2,6 abgeschlossen. In der letzten Septemberwoche waren von den 919.965 Personen, die von der Berichtserhaltung durch die 38 Fachverbände erfasst wurden, 23.622 arbeitslos am Ort oder auf der Reise gewesen, das sind ebenfalls 2,6 Proz. In den dazwischen liegenden Stichtagen Ende Juli und Ende August waren die Prozentziffern 2,7 und 2,6 gewesen. Wie stark die verhältnismäßig sehr günstige Beschäftigungsziffer durch die Kriegsverhältnisse, d. h. durch die Abwesenheit so vieler arbeitsfähiger Männer im Felde, beeinflusst wird, zeigt die Tatsache, daß unter den männlichen Mitgliedern der Verbände sich nur 1,2, unter den weiblichen dagegen 10,1 Arbeitslose befanden.

Am Verlaufe der ganzen seitherigen Entwicklung ergibt sich folgendes Bild. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit betrug:

Ende	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar . . .	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2	4,7	6,5
Februar . . .	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9	3,7	5,1
März	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3	2,8	3,4
April	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3	2,8	2,9
Mai	2,8	2,8	2,0	1,6	1,6	2,5	2,8	2,9
Juni	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,3	2,6
Juli	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9	2,7	2,7
August	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8	2,8	2,6
September . .	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	16,0	2,6
Oktober . . .	2,9	2,0	1,6	1,7	1,7	2,8	10,9	—
November . .	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	8,2	—
Dezember . .	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8	4,8	7,2	—

Die höchsten Arbeitslosenziffern wiesen schon in mehreren Vormonaten die Gut- und Pelzwarenarbeiter mit 37,4 Proz. auf. Ihnen folgten die Porzellanarbeiter mit 12,3, die Textilarbeiter mit 10,4 und die Buchbinder mit 9,5 Proz. Arbeitslosen. Dagegen hatten die Tabakarbeiter nur über 0,6, die Kupferhämmer und die Gemeinde- und Staatsarbeiter über 0,2 Proz. Arbeitslose zu berichten. Bei den großen, über 100.000 Mitgliedern zählenden Verbänden hat sich das Bild der Arbeitslosigkeit folgendermaßen gestaltet:

Verband	Mitglieder	Prozent ab der Arbeitslosen Ende Juni	
		September	Oktober
Metallarbeiter	254 798	1,4	1,3
Bauarbeiter	96 685	1,4	0,9
Fabrikarbeiter	83 032	1,0	0,8
Transportarbeiter . . .	82 186	1,0	0,8
Holzarbeiter	77 736	4,0	2,7
Textilarbeiter	72 386	5,0	10,4

Eine bedenkliche Arbeitslosenziffer weisen von diesen Verbänden nur die Textilarbeiter auf. Für die Holzarbeiter, die seit Kriegsbeginn unter ziemlich schwerer Beschäftigungslosigkeit zu leiden hatten, hat sich die Lage wesentlich gebessert. Insgesamt kamen während des Berichtsvierteljahres auf je 100 männliche Mitglieder 7,1 und auf je 100 weibliche Mitglieder 17,8 Fälle von Arbeitslosigkeit. Dagegen kamen auf je 100 Mitgliedertage 2,9 Arbeitslosentage gegenüber 2,2 im 2. Quartal 1915. Danach lagern die Verhältnisse im letzten Quartal sogar noch etwas günstiger als im vorhergehenden. Hoffen wir, daß der Winter keine Verschlechterung der Arbeitslage bringt.

In Viefelsfeld ist unser Kollege, Arbeitersekretär Winder (früher Ortsbeamter in Köln), zum Stadtverordneten (Wahlperiode 1916-21) gewählt, was wir freudig begrüßen. Zurzeit ist Winder in Garnisondienst Gütersloh.

Karl Moisch, Leipzig †. Ein treues Mitglied und alter Kampfgenosse, der bei der öffentlichen Beleuchtung in Leipzig beschäftigt gewesen, Karl Moisch ist bei einem Parrouillengang in Rußland am 23. Oktober gefallen. Seit dem Wiederaufleben der Laternenwärtterbewegung in Leipzig im Jahre 1903 war er es, der mit unermüdbarem Eifer und zäher Ausdauer an erster Stelle sowohl im Verband wie im Arbeiterausschuß seinen Mann gestanden hat, wo für ihm die verschiedensten Vertrauensämter übertragen wurden. Die er in strengster Pünktlichkeit mit Gewissenhaftigkeit ausführte. Ehre seinem Andenken.

Kreuz an der Etappenstraße.

Ein Kreuz am Weg, verträumt und still;
 ein Baum, als ob ers schücheln will,
 die Arme hoch in Himmel hebt,
 Das Astwerk einen Tom ihm webt.
 Am Kreuze träumt seit alter Zeit
 der Heiland, daß er hält befreit
 die Welt vom Argen und der Not;
 — deß' Liebe ward zu Fisch und Brot!
 Die Aeste stehen naht und labt;
 ein lechter Abenddämmerstrahl
 den Traumerlöser goldverklärt —
 indes der Krieg das Land verheert.

J. H. Meinenbach i. B., Frankf. Tagespost.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|--|
| Paul Fiehlsberg, Berlin
Markthallenarbeiter
† 9. 11. 1915, 58 Jahre alt. | Jakob Loos, Nürnberg
Gärtner
† 20. 10. 1915, 58 Jahre alt. |
| Gustav Gromatke, Hamburg
Gaswerke
† 9. 11. 1915, 45 Jahre alt. | Reinhold Martin, Kiel
Straßenreinigung
† 9. 11. 1915, 62 Jahre alt. |
| Gust. Herfarth, Kleinschönau
Straßenarbeiter
† 8. 11. 1915, 51 Jahre alt. | Osw. Matthes, Küftringen
Maurer (maierlube Westf.)
† 4. 11. 1915, 35 Jahre alt. |
| Josef Kefner, München
Gasarbeiter
† 7. 11. 1915, 50 Jahre alt. | Peter Schündlböck, Pasing
Stadtarbeiter
† 30. 10. 1915, 58 Jahre alt. |
| W. G. Keffner, Hamburg
Friedhof
† 9. 11. 1915, 59 Jahre alt. | Sudw. Vettermann, Stuttgart
Manufaktur
† 7. 11. 1915, 32 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|--|---|
| Georg Behrens, Bremen
am 25. Juni im Alter von 24 Jahren in Rußland gefallen. | Georg Hesse, Kassel
am 27. Oktober im Lazarett in Eßlingen an Verwundung gest. |
| Max Beneke, Berlin
Gasarbeiter, am 4. November im Alter v. 31 Jahren gefallen. | Friedrich Hoffmann, Köln
Straßenreinigung, a. 1. Novbr. im Lazarett Zubbat gestorben. |
| Adolf Berger, Berlin
Gasarbeiter, am 14. November im Alter von 24 Jahren gefallen. | Klemens Hofer, Eßlingen
Pfleger, am 30. Oktober im Alter von 28 Jahren gefallen. |
| Max Böhm, Berlin
Gasarbeiter, am 21. September im Alter von 26 Jahren gefallen. | Simon Huber, Eßlingen
Pfleger, im Oktober im Alter von 25 Jahren gefallen. |
| Erib Cordes, Bremen
am 18. Oktober im Alter von 35 Jahren in Rußland gefallen. | Hermann Kosal, Neukölln
Hausdiener, im Oktober im Alter von 20 Jahren gefallen. |
| Johann Dederichs, Berlin
Gasarbeiter, am 26. Oktober im Alter von 33 Jahren gefallen. | Franz Weindel, Plochingen
am 14. Oktober im Alter von 21 Jahren in Italien gefallen. |
| Friedr. Engelbert, Barmen
im Alter von 40 Jahren in Frankreich gefallen. | Gust. Wöhrle, Freudenstadt
am 20. August im Alter von 25 Jahren gefallen. |
| Ernst Feldmann, Karlsruhe
Lafetenarbeiter, im Alter von 26 Jahren in Galizien gefallen. | Friedrich Veck, Kiel
am 10. Oktober im Alter von 31 Jahren in Rußland gefallen. |
| Franz Frohmann, Eßlingen
Pfleger, am 8. November im Alter von 25 Jahren gefallen. | Max Kolb, Dresden
am 12. September im Alter von 29 Jahren in Frankreich gefallen. |
| Friedr. Geiger, Freudenstadt
am 10. August im Alter von 29 Jahren verw. i. Gefangenschaft. | Franz Salomon, Stettin
am 6. August im Alter von 26 Jahren in Rußland gefallen. |
| Albert Hartmann, Berlin
Gasarbeiter, am 21. September im Alter von 32 Jahren gefallen. | Paul Schreiber, Köln
Straßenbahn, am 14. August bei Golezjay gefallen. |
| Christoph Hiden, Hamburg
am 30. Oktober im Alter von 31 Jahren i. Lazarett gestorben. | Willi Schnorr, Bremen
am 2. November im Alter von 31 Jahren i. Frankreich gefallen. |
| Wilh. Hellburg, Barmen
im Alter von 44 Jahren in Frankreich gefallen. | Ernst Stöter, Barmen
im Alter von 34 Jahren in Frankreich gefallen. |

Hermann Wilkens, Bremen
am 23. Oktober im Alter von 32 Jahren in Frankreich gefallen.
 Ehre ihrem Andenken!